Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 03.03.2025 Drucksache 19/4758

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Daniel Halemba AfD**
vom 20.12.2024

Statistik zu Eröffnungs- und Ablehnungsbeschlüssen in Strafverfahren in Bayern

Die Staatsregierung wird gefragt:

1.1 Wie viele Eröffnungsbeschlüsse wurden in den vergangenen zehn Jahren jährlich zu Anklagen in Strafverfahren erlassen (bitte absolut und prozentual angeben)? ... 3

1.2 Wie viele Ablehnungsbeschlüsse wurden in den vergangenen zehn Jahren jährlich zu Anklagen in Strafverfahren erlassen (bitte absolut und prozentual angeben)? ... 3

2.1 In wie vielen Fällen wurden in den vergangenen zehn Jahren gegen Ablehnungsbeschlüsse Rechtsmittel nach § 210 Strafprozessordnung (StPO) eingelegt (bitte nach Jahren aufschlüsseln)? ... 3

2.2 Wie hoch war die Erfolgsquote dieser Rechtsmittel im jeweiligen Jahr der letzten zehn Jahre (bitte absolut und prozentual angeben)? ... 3

3.1 Wie lange ist durchschnittlich die Bearbeitungszeit von der Eingangsanzeige eines Verfahrens bis zum Eröffnungs- bzw. Ablehnungsbeschluss in den letzten zehn Jahren (bitte nach Jahren aufschlüsseln)? ... 3

3.2 Welche Deliktsbereiche sind in den vergangenen zehn Jahren am häufigsten Gegenstand von Eröffnungs- bzw. Ablehnungsbeschlüssen gewesen (bitte prozentual und nach Deliktsgruppen angeben)? ... 4

3.3 Lassen sich regionale Unterschiede innerhalb des Freistaates Bayern bei Eröffnungs- und Ablehnungsbeschlüssen feststellen (bitte, sofern vorhanden, nach Gerichtsbezirken differenzieren)? ... 4

4.1 In welchen Instanzen (Amts-, Land-, Oberlandesgerichte) fällt der Anteil der Ablehnungsbeschlüsse im Verhältnis zu den Eröffnungsbeschlüssen besonders hoch oder niedrig aus (bitte für die letzten zehn Jahre differenzieren)? ... 4

4.2 Gibt es statistische Hinweise darauf, dass bestimmte strukturelle oder gesetzliche Änderungen (z. B. Gesetzesreformen, geänderte Richtlinien) im Abfragezeitraum signifikante Auswirkungen auf die Anzahl oder den Anteil von Eröffnungs- oder Ablehnungsbeschlüssen hatten? ... 4

4.3 Welche Maßnahmen werden ergriffen oder sind geplant, um die Dauer von Verfahren, in denen es zu Ablehnungsbeschlüssen kommt, zu verkürzen? 4

5. Lassen sich aus den Statistiken Rückschlüsse auf die Qualität der staatsanwaltschaftlichen Anklageerhebung ziehen, beispielsweise durch Vergleich der Anzahl von Eröffnungs- und Ablehnungsbeschlüssen mit der Zahl der insgesamt erhobenen Anklagen? 5

Anlage 1 6

Anlage 2 8

Hinweise des Landtagsamts 9

Antwort

des Staatsministeriums der Justiz
vom 09.01.2025

1.1 Wie viele Eröffnungsbeschlüsse wurden in den vergangenen zehn Jahren jährlich zu Anklagen in Strafverfahren erlassen (bitte absolut und prozentual angeben)?

1.2 Wie viele Ablehnungsbeschlüsse wurden in den vergangenen zehn Jahren jährlich zu Anklagen in Strafverfahren erlassen (bitte absolut und prozentual angeben)?

Die Fragen 1.1 und 1.2 werden wegen des gegebenen Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die nach bundeseinheitlichen Kriterien geführte Justizgeschäftsstatistik in Straf- und Bußgeldsachen (StP/OWi-Statistik) gibt Auskunft über die von den bayerischen Gerichten erledigten Strafverfahren. Die Gesamtanzahl der Eröffnungs- und Ablehnungsbeschlüsse wird dabei nicht erfasst. Der StP/OWi-Statistik kann aber entnommen werden, in wie vielen Fällen die Verfahrenseinleitung mittels Anklage erfolgte und wie viele Verfahren durch die Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens beendet wurden.

Eine Übersicht, wie oft dies bei den Amts-, Landes- und Oberlandesgerichten in Bayern insgesamt und verteilt auf die drei Oberlandesgerichte der Fall war (in absoluten und in Prozentzahlen), ist als Anlage 1 beigefügt.

2.1 In wie vielen Fällen wurden in den vergangenen zehn Jahren gegen Ablehnungsbeschlüsse Rechtsmittel nach § 210 Strafprozessordnung (StPO) eingelegt (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

2.2 Wie hoch war die Erfolgsquote dieser Rechtsmittel im jeweiligen Jahr der letzten zehn Jahre (bitte absolut und prozentual angeben)?

Wegen des gegebenen Sachzusammenhangs werden die Fragen 2.1 und 2.2 gemeinsam beantwortet.

Sofortige Beschwerden nach § 210 Strafprozessordnung (StPO) werden in der StP/OWi-Statistik nicht erfasst und ausgewertet. Eine Beantwortung dieser Fragen ist daher nicht möglich.

3.1 Wie lange ist durchschnittlich die Bearbeitungszeit von der Eingangsanzeige eines Verfahrens bis zum Eröffnungs- bzw. Ablehnungsbeschluss in den letzten zehn Jahren (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Die durchschnittliche Bearbeitungszeit von der Eingangsanzeige eines Verfahrens bis zum Eröffnungs- bzw. Ablehnungsbeschluss wird in der StP/OWi-Statistik nicht erfasst. Ausgewertet wird lediglich in Verfahren mit Anklage die durchschnittliche Dauer der Verfahren vom Eingang beim Gericht bis zum Erlass des Eröffnungsbeschlusses in Verfahren vor dem Landgericht und dem Oberlandesgericht jeweils in der ersten Instanz.

Eine entsprechende Übersicht hierzu kann der als Anlage 2 beigefügten Tabelle entnommen werden.

3.2 Welche Deliktsbereiche sind in den vergangenen zehn Jahren am häufigsten Gegenstand von Eröffnungs- bzw. Ablehnungsbeschlüssen gewesen (bitte prozentual und nach Deliktsgruppen angeben)?

Welche Deliktsbereiche am häufigsten Gegenstand von Eröffnungs- bzw. Ablehnungsbeschlüssen gewesen sind, wird in der StP/OWi-Statistik nicht erfasst. Eine Beantwortung dieser Frage ist daher nicht möglich.

3.3 Lassen sich regionale Unterschiede innerhalb des Freistaates Bayern bei Eröffnungs- und Ablehnungsbeschlüssen feststellen (bitte, sofern vorhanden, nach Gerichtsbezirken differenzieren)?

Hierzu wird auf die als Anlage 1 beigefügte Tabelle verwiesen, aus der sich ergibt, in wie vielen Fällen in den Oberlandesgerichtsbezirken München, Nürnberg und Bamberg die Verfahrenseinleitung mittels Anklage erfolgte und wie viele Verfahren durch die Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens beendet wurden.

4.1 In welchen Instanzen (Amts-, Land-, Oberlandesgerichte) fällt der Anteil der Ablehnungsbeschlüsse im Verhältnis zu den Eröffnungsbeschlüssen besonders hoch oder niedrig aus (bitte für die letzten zehn Jahre differenzieren)?

Hierzu wird auf die als Anlage 1 beigefügte Tabelle verwiesen, aus der sich ergibt, in wie vielen Fällen in den bei den Amtsgerichten, Landgerichten und Oberlandesgerichten in Bayern die Verfahrenseinleitung mittels Anklage erfolgte und wie viele Verfahren durch die Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens beendet wurden.

4.2 Gibt es statistische Hinweise darauf, dass bestimmte strukturelle oder gesetzliche Änderungen (z. B. Gesetzesreformen, geänderte Richtlinien) im Abfragezeitraum signifikante Auswirkungen auf die Anzahl oder den Anteil von Eröffnungs- oder Ablehnungsbeschlüssen hatten?

Wie bereits in der Antwort zu den Fragen 1.1 und 1.2 ausgeführt, wird die Gesamtanzahl der Eröffnungs- und Ablehnungsbeschlüsse in der StP/OWi-Statistik nicht erfasst. Aus der als Anlage 1 beigefügten Tabelle ergibt sich jedoch über den gesamten Abfragezeitraum hinweg ein nahezu gleichbleibender Anteil der durch Ablehnungen der Eröffnung des Hauptverfahrens erledigten Verfahren. Daraus folgt, dass es keine statistischen Hinweise darauf gibt, dass bestimmte strukturelle oder gesetzliche Änderungen signifikante Auswirkungen auf die Anzahl oder den Anteil von Ablehnungsbeschlüssen hatten.

4.3 Welche Maßnahmen werden ergriffen oder sind geplant, um die Dauer von Verfahren, in denen es zu Ablehnungsbeschlüssen kommt, zu verkürzen?

Da die Dauer von Verfahren, in denen es zu Ablehnungsbeschlüssen kommt, nicht statistisch erfasst wird, kann diese Frage nicht beantwortet werden. Allgemein ist je-

doch anzumerken, dass die Staatsanwaltschaft nach den geltenden Bestimmungen der StPO verpflichtet ist, wegen aller verfolgbarer Straftaten einzuschreiten, sofern zureichende tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen (§ 152 Abs. 2 StPO). Ausreichend ist ein Anfangsverdacht für eine bestimmte Straftat, also die Möglichkeit, dass nach kriminalistischer Erfahrung eine verfolgbare Straftat vorliegt. In einem solchen Fall trifft die Staatsanwaltschaft gleichzeitig eine Pflicht zur Sachverhaltsaufklärung. Sie hat zu ihrer Entschließung darüber, ob die öffentliche Klage zu erheben ist, den Sachverhalt erschöpfend zu erforschen (§ 160 Abs. 1 StPO). Bieten die Ermittlungen genügenden Anlass zur Erhebung der öffentlichen Klage, so erhebt die Staatsanwaltschaft sie durch Einreichung einer Anklageschrift bei dem zuständigen Gericht (§ 170 Abs. 1 StPO). Andernfalls stellt sie das Verfahren ein (§ 170 Abs. 2 StPO). Maßstab für die Erhebung der öffentlichen Klage (§ 170 Abs. 1 StPO) ist ebenso wie für die Eröffnung des Hauptverfahrens (§ 203 StPO) das Bestehen eines hinreichenden Tatverdachts. Dieser Verdachtsgrad liegt dann vor, wenn nach vorläufiger Tatbewertung die Wahrscheinlichkeit einer Verurteilung des oder der Beschuldigten in einer Hauptverhandlung mit vollgültigen Beweisen besteht. Die Klärung der Frage des hinreichenden Tatverdachts erfordert demnach eine tatsächliche und rechtliche Wertung, deren Komplexität jeweils von den Umständen des jeweiligen Einzelfalls abhängt.

Schon deshalb scheiden pauschale Maßnahmen zur Verkürzung der Dauer von Verfahren, in denen es zu Ablehnungsbeschlüssen kommt, aus.

5. Lassen sich aus den Statistiken Rückschlüsse auf die Qualität der staatsanwaltschaftlichen Anklageerhebung ziehen, beispielsweise durch Vergleich der Anzahl von Eröffnungs- und Ablehnungsbeschlüssen mit der Zahl der insgesamt erhobenen Anklagen?

Wie in der Antwort zu Frage 4.3 dargelegt, ist Maßstab für die Erhebung der öffentlichen Klage sowie für die Eröffnung des Hauptverfahrens das Bestehen eines hinreichenden Tatverdachts, was eine im Einzelfall komplexe tatsächliche und rechtlichen Wertung erfordert. Während zur Erhebung der öffentlichen Klage allein die Staatsanwaltschaft berufen ist (§ 170 Abs. 1 StPO) erfolgt die Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens nach § 203 StPO durch die zuständigen Gerichte in richterlicher Unabhängigkeit. Dabei kann es vorkommen, dass ein Gericht die Frage des hinreichenden Tatverdachts anders bewertet als die Staatsanwaltschaft. Dieses Ergebnis ist Ausfluss des verfassungsrechtlich garantierten Grundsatzes der richterlichen Unabhängigkeit einerseits sowie des Prinzips der Gewaltenteilung andererseits. Rückschlüsse auf die Qualität der Anklage lassen sich einem gerichtlichen Ablehnungsbeschluss daher ebenso wenig entnehmen wie dem Beschluss, mit dem die Anklage zur Hauptverhandlung zugelassen und das Hauptverfahren eröffnet wird.

Anlage 1

	2014								2015							
	Bayern insgesamt	**in Prozent**	**OLG Bezirk München**	**in Prozent**	**OLG Bezirk Nürnberg**	**in Prozent**	**OLG Bezirk Bamberg**	**in Prozent**	**Bayern insgesamt**	**in Prozent**	**OLG Bezirk München**	**in Prozent**	**OLG Bezirk Nürnberg**	**in Prozent**	**OLG Bezirk Bamberg**	**in Prozent**
Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens																
Amtsgerichte	325	0,3	225	0,4	57	0,2	43	0,2	300	0,3	179	0,3	57	0,2	64	0,4
Landgerichte 1. Instanz	33	1,8	19	2,1	9	2,0	5	1,1	32	1,7	28	2,9	2	0,4	2	0,5
Oberlandesgerichte 1. Instanz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verfahrenseinleitung durch Anklage																
Amtsgerichte	61412	62,7	34111	60,0	16609	69,5	10692	62,1	59566	63,9	32585	60,8	16232	71,1	10749	64,2
Landgerichte 1. Instanz	1500	82,8	736	80,9	387	84,1	377	85,3	1533	81,0	740	77,3	440	84,3	353	85,5
Oberlandesgerichte 1. Instanz	2	100,0	2	100,0	-	-	-	-	2	100,0	2	100,0	-	-	-	-

	2016								2017							
	Bayern insgesamt	**in Prozent**	**OLG Bezirk München**	**in Prozent**	**OLG Bezirk Nürnberg**	**in Prozent**	**OLG Bezirk Bamberg**	**in Prozent**	**Bayern insgesamt**	**in Prozent**	**OLG Bezirk München**	**in Prozent**	**OLG Bezirk Nürnberg**	**in Prozent**	**OLG Bezirk Bamberg**	**in Prozent**
Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens																
Amtsgerichte	273	0,3	151	0,3	57	0,3	65	0,4	299	0,3	151	0,3	46	0,2	102	0,6
Landgerichte 1. Instanz	31	1,7	23	2,4	5	1,1	3	0,7	36	1,9	23	2,3	7	1,4	6	1,4
Oberlandesgerichte 1. Instanz	-	-	-	-	-	-	-	-	1	14,3	1	14,3	-	-	-	-
Verfahrenseinleitung durch Anklage																
Amtsgerichte	59403	62,9	33441	60,7	15005	67,2	10957	64,3	59946	63,9	34057	62,2	14428	66,6	11461	66,1
Landgerichte 1. Instanz	1442	79,7	730	76,9	361	79,5	351	86,2	1566	81,5	778	78,4	422	84,2	366	85,3
Oberlandesgerichte 1. Instanz	2	100,0	2	100,0	-	-	-	-	6	85,7	6	85,7	-	-	-	-

	2018								2019							
	Bayern insgesamt	**in Prozent**	**OLG Bezirk München**	**in Prozent**	**OLG Bezirk Nürnberg**	**in Prozent**	**OLG Bezirk Bamberg**	**in Prozent**	**Bayern insgesamt**	**in Prozent**	**OLG Bezirk München**	**in Prozent**	**OLG Bezirk Nürnberg**	**in Prozent**	**OLG Bezirk Bamberg**	**in Prozent**
Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens																
Amtsgerichte	285	0,3	173	0,3	58	0,3	54	0,3	277	0,3	163	0,3	47	0,2	67	0,4
Landgerichte 1. Instanz	35	1,8	26	2,5	5	1,1	4	1,0	29	1,6	17	1,7	7	1,6	5	1,2
Oberlandesgerichte 1. Instanz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verfahrenseinleitung durch Anklage																
Amtsgerichte	58770	64,0	32299	61,6	14868	67,5	11603	66,7	58060	62,9	32216	61,0	13925	65,0	11919	65,7
Landgerichte 1. Instanz	1533	80,2	782	75,4	388	85,1	363	86,6	1433	78,1	720	73,8	351	81,1	362	85,2
Oberlandesgerichte 1. Instanz	13	100,0	13	100,0	-	-	-	-	8	100,0	8	100,0	-	-	-	-

	2020								2021							
	Bayern insgesamt	**in Prozent**	**OLG Bezirk München**	**in Prozent**	**OLG Bezirk Nürnberg**	**in Prozent**	**OLG Bezirk Bamberg**	**in Prozent**	**Bayern insgesamt**	**in Prozent**	**OLG Bezirk München**	**in Prozent**	**OLG Bezirk Nürnberg**	**in Prozent**	**OLG Bezirk Bamberg**	**in Prozent**
Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens																
Amtsgerichte	199	0,2	106	0,2	43	0,2	50	0,3	171	0,2	87	0,2	29	0,2	55	0,3
Landgerichte 1. Instanz	32	1,7	9	1,0	12	2,5	11	2,6	46	2,5	24	2,5	11	2,4	11	2,7
Oberlandesgerichte 1. Instanz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verfahrenseinleitung durch Anklage																
Amtsgerichte	51834	60,7	27992	58,7	12796	63,1	11046	63,5	47315	59,8	25074	57,4	12178	63,0	10063	62,2
Landgerichte 1. Instanz	1439	78,0	695	74,5	384	79,5	360	83,7	1404	77,1	675	71,1	380	82,3	349	84,9
Oberlandesgerichte 1. Instanz	7	100,0	7	100,0	-	-	-	-	4	80,0	4	80,0	-	-	-	-

	2022								2023							
	Bayern insgesamt	**in Prozent**	**OLG Bezirk München**	**in Prozent**	**OLG Bezirk Nürnberg**	**in Prozent**	**OLG Bezirk Bamberg**	**in Prozent**	**Bayern insgesamt**	**in Prozent**	**OLG Bezirk München**	**in Prozent**	**OLG Bezirk Nürnberg**	**in Prozent**	**OLG Bezirk Bamberg**	**in Prozent**
Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens																
Amtsgerichte	158	0,2	89	0,2	36	0,2	33	0,2	159	0,2	106	0,2	35	0,2	18	0,1
Landgerichte 1. Instanz	42	2,5	30	3,5	8	1,8	4	1,1	40	2,3	26	2,8	9	1,9	5	1,3
Oberlandesgerichte 1. Instanz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verfahrenseinleitung durch Anklage																
Amtsgerichte	46289	59,2	24810	57,2	12414	63,2	9065	59,7	49675	60,5	25550	57,4	14197	65,1	9928	63,0
Landgerichte 1. Instanz	1295	77,2	622	71,7	362	81,9	311	84,3	1370	77,2	683	74,0	371	79,4	316	82,1
Oberlandesgerichte 1. Instanz	6	100,0	6	100,0	-	-	-	-	2	66,7	2	66,7	-	-	-	-

Anlage 2

	2014				2015				2016			
	Bayern insgesamt	**OLG Bezirk München**	**OLG Bezirk Nürnberg**	**OLG Bezirk Bamberg**	**Bayern insgesamt**	**OLG Bezirk München**	**OLG Bezirk Nürnberg**	**OLG Bezirk Bamberg**	**Bayern insgesamt**	**OLG Bezirk München**	**OLG Bezirk Nürnberg**	**OLG Bezirk Bamberg**
Durchschnittliche Dauer der Verfahren vom Eingang beim Gericht bis zum Erlass des Eröffnungsbeschlusses in Monaten												
Landgerichte 1. Instanz	2,3	2,7	2,2	1,8	2,9	3,3	2,6	2,2	2,7	3,0	2,5	2,3
Oberlandesgerichte 1. Instanz	1,2	1,2	-	-	1,2	1,2	-	-	1,1	1,1	-	-

	2017				2018				2019			
	Bayern insgesamt	**OLG Bezirk München**	**OLG Bezirk Nürnberg**	**OLG Bezirk Bamberg**	**Bayern insgesamt**	**OLG Bezirk München**	**OLG Bezirk Nürnberg**	**OLG Bezirk Bamberg**	**Bayern insgesamt**	**OLG Bezirk München**	**OLG Bezirk Nürnberg**	**OLG Bezirk Bamberg**
Durchschnittliche Dauer der Verfahren vom Eingang beim Gericht bis zum Erlass des Eröffnungsbeschlusses in Monaten												
Landgerichte 1. Instanz	2,9	3,5	2,3	2,1	3,0	3,5	2,6	2,4	2,7	3,4	2,0	2,0
Oberlandesgerichte 1. Instanz	2,3	2,3	-	-	3,0	3,0	-	-	2,4	2,4	-	-

	2020				2021				2022			
	Bayern insgesamt	**OLG Bezirk München**	**OLG Bezirk Nürnberg**	**OLG Bezirk Bamberg**	**Bayern insgesamt**	**OLG Bezirk München**	**OLG Bezirk Nürnberg**	**OLG Bezirk Bamberg**	**Bayern insgesamt**	**OLG Bezirk München**	**OLG Bezirk Nürnberg**	**OLG Bezirk Bamberg**
Durchschnittliche Dauer der Verfahren vom Eingang beim Gericht bis zum Erlass des Eröffnungsbeschlusses in Monaten												
Landgerichte 1. Instanz	2,8	3,2	2,8	1,9	2,8	3,4	2,7	1,8	2,3	2,7	1,8	2,3
Oberlandesgerichte 1. Instanz	2,6	2,6	-	-	2,6	2,6	-	-	2,2	2,2	-	-

	2023			
	Bayern insgesamt	**OLG Bezirk München**	**OLG Bezirk Nürnberg**	**OLG Bezirk Bamberg**
Durchschnittliche Dauer der Verfahren vom Eingang beim Gericht bis zum Erlass des Eröffnungsbeschlusses in Monaten				
Landgerichte 1. Instanz	2,4	2,8	1,8	2,2
Oberlandesgerichte 1. Instanz	3,7	3,7	-	-

Hinweise des Landtagsamts

Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierweise liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers sowie der Staatsregierung.

Zur Vereinfachung der Lesbarkeit können Internetadressen verkürzt dargestellt sein. Die vollständige Internetadresse ist als Hyperlink hinterlegt und in der digitalen Version des Dokuments direkt aufrufbar. Zusätzlich ist diese als Fußnote vollständig dargestellt.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de/parlament/dokumente abrufbar.

Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de/aktuelles/sitzungen zur Verfügung.